



Winterthur, 8. November 2007

Medienmitteilung

2x Nein am 25. November 2007

Region Ost lehnt Plafonierungsinitiative und Gegenvorschlag ab

Die Interessengemeinschaft Region Ost spricht sich gegen die Volksinitiative „Für eine realistische Flughafenpolitik“ (Plafonierungsinitiative) aus. Auch den Gegenvorschlag des Zürcher Kantonsrates lehnt die Region Ost ab. Ziel der Interessengemeinschaft ist ein starker Flughafen Zürich ohne eine einseitige Konzentration des Fluglärms in den Wohngebieten im Osten.

Der Lenkungsausschuss der Region Ost empfiehlt 2x Nein für die Abstimmung vom 25. November 2007. „Beide Vorschläge enthalten für uns zu viele negative Punkte“, erklärt der Winterthurer Stadtrat Michael Künzle, Präsident der Region Ost.

Initiative: nicht realistisch

Rechtlich und volkswirtschaftlich gesehen ist die Volksinitiative „Für eine realistische Flughafenpolitik“ kaum durchsetzbar. Eine neunstündige Nachtruhe sowie die Reduktion auf 250'000 Flugbewegungen pro Jahr würden eine zu starke Einschränkung für den Flughafen Zürich bedeuten. Der volkswirtschaftliche Schaden für die Arbeits- und Wirtschaftsregion wäre voraussichtlich beträchtlich. Fast 100'000 Arbeitsplätze sind vom Flughafen Zürich abhängig – 2004 erbrachte dieser eine Wertschöpfung von rund 13 Milliarden Franken.

Ein weiteres Problem stellt die Tatsache dar, dass die Luftfahrt Sache des Bundes und nicht des Kantons Zürich ist. Bei einer Annahme der Initiative ist zu befürchten, dass der Bund dem Entscheid nicht folgen würde, da er im Widerspruch zu seiner Luftfahrtpolitik steht. Neben dem Schutz der Bevölkerung vor schädlichen Auswirkungen des Flugbetriebes verpflichtet sich der Bund in Artikel 1 des Flughafengesetzes nämlich auch, die volkswirtschaftlichen und verkehrspolitischen Interessen des Flughafens Zürich sicherzustellen.



Gegenvorschlag: kompliziert und schwammig

Der Gegenvorschlag fordert eine siebenstündige Nachtsperreordnung und eine neue Lagebeurteilung, wenn 320'000 Flugbewegungen pro Jahr erreicht sind. Diese Forderungen wären gutzuheissen, wäre da nicht noch der Zürcher Fluglärm-Index (ZFI), der auf der subjektiv empfundenen Fluglärmbelastung beruht. Der ZFI akzeptiert 47'000 vom Fluglärm stark gestörte Personen, ohne eine tatsächliche Obergrenze der Lärmbelastung zu definieren und ohne eine Aussage, welche Gebiete davon betroffen sind. Der Index birgt eine Gefahr speziell für die Wohngebiete im Osten des Flughafens: Der ZFI würde der Regierung Tür und Tor öffnen, um die Flugbewegungen in Zukunft noch mehr in den weniger dicht besiedelten Osten zu verlagern.

Leisere Flugzeuge im Flottenmix würden zudem mehr Flugbewegungen ermöglichen, ohne dass die Bevölkerung von diesem technischen Fortschritt profitieren könnte, da der Richtwert mit der Anzahl von Fluglärm stark gestörten Personen bei 47'000 bleibt. Unberücksichtigt bleiben mit dem ZFI auch die gesundheits- und klimaschädigenden Luftschadstoffe des Flugverkehrs. Hinzu kommt, dass der ZFI auf einer komplizierten, für die Bevölkerung nicht nachvollziehbaren Berechnungsformel beruht. Es fehlt ihm jene Klarheit und Transparenz, die nötig wäre, um das in den vergangenen Jahren verloren gegangene Vertrauen der Bevölkerung in die Flugverkehrspolitik zurückzugewinnen.

Keine Fluglärmkonzentration im Osten

Die Interessengemeinschaft Region Ost umfasst 85 Städte und Gemeinden in den Kantonen Zürich, Thurgau sowie St. Gallen und vertritt damit in der Fluglärmdebatte die Interessen von rund 450'000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Im Zentrum ihrer Aktivitäten steht das Anliegen, die Bedeutung des Flughafens als verkehrspolitische Schlüsselinfrastruktur mit den Bedürfnissen der Bevölkerung ins Gleichgewicht zu bringen. Ohne die Existenz des Flughafens gefährden zu wollen, setzt die Region Ost alles daran, dass der Fluglärm nicht einseitig und unsolidarisch in den Osten verlagert wird.

Weitere Informationen:

Michael Künzle, Stadtrat Winterthur und Präsident Lenkungsausschuss Region Ost,
Telefon 052 267 58 12, Donnerstag, 8. November 2007, 17:00–17:30 Uhr.